

Er scheint
monatlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
M. Perler, Industriehalle
Kiesbach-Zürich
Vorforderungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge



Abonnements
werden nur beim Verlag und
dessen delegierten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Beispielsweise von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Reisepost)
Fr. 3. — für Deutschland (Reisepost)
Fr. 4. 75 für Österreich (Reisepost)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reisepost).

Inserte
Die dreigespaltene Preiskarte
25 Cts. — 25 Pfg.

Probenummer.

Sonntag, 28. September.

1879.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da unser Blatt voraussichtlich in Deutschland und Oesterreich sofort verfolgt werden wird und die vorerwähnten Beschlüssen sich alle Mühe geben werden, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erhalten, resp. Briefe von dort an uns und unsere Freunde- und sonstigen Beziehungen nach dort abzulassen, so ist die zukünftige Besorgung im Vordrucke notwendig und darf keine Schwierigkeiten verursachen werden, die Briefmarken über den nächsten Abnehmer und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu lauern, und letztere dadurch zu schaden. Hauptforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so leisten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag leicht abzugeben, sondern sich möglichst an legend eine unerschütterliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs zu wählen, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch ein möglichst unerschütterliche Zuschriften möglichst rechtzeitig werden. In vorerwähnten Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Kommanobriefe. Solche an uns zu schreiben, werden wir großmüthig übersehen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteienossen aller Länder!

Mit Recht gilt die Vertretung einer Partei in der Presse als der beste Maßstab ihres äußeren Einflusses sowohl als ihrer inneren Durchbildung, sowie als wesentliches Mittel zu ihrer geistlichen Weiterentwicklung. Deshalb hat denn auch die Sozialdemokratie allezeit ein großes Gewicht auf ihre Presse gelegt, und die letztere hat, in demselben Maße wie die Partei selbst, seit ihrem Entstehen und namentlich seit den letzten zehn Jahren schnell und nachhaltig an Ausdehnung wie Gehalt zugenommen. Fast in allen zivilisirten und industriell einigermaßen entwickelten Ländern Europa's und Amerika's entstanden sozialistische Blätter, die sich aus kleinen Anfängen meist bald zu einflussreichen Organen der öffentlichen Meinung entwickelten, und ein Verzeichniß der sozialdemokratischen Presse aus dem vorigen Jahre vermochte bereits zirka sechzig in der Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Dänemark, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland, Nord- und Südamerika erscheinende Blätter aufzuzählen.

Vor allem aber war es die sozialdemokratische Presse Deutschlands, welche mit ihrem halben Hundert politischer Organe und ihren zahlreichen gewerkschaftlichen Blättern eine formidabile, auch von den Gegnern anerkannte Macht repräsentierte. Seit einem Jahr aber hat sich das bedeutend geändert. Die Thaten zweier Unzurechnungsfähiger gaben der deutschen Regierung den erwünschten Vorwand, die längst geplante allgemeine Reaktion durch eine Unterdrückung der Sozialdemokratie und vor Allem auch ihrer Presse einzuleiten. Das planmäßig geängstigte und verhehrte Bürgerthum aber fügte sich theils aus Bornirtheit und Feindschaft dem Willen der Regierung, theils stimmte es der inszenirten Sozialistenhege aus sinnloser Wuth gegen die nach Emanzipation ringenden Arbeiter zu.

So entstand das berüchtigte Ausnahmegezet gegen die Sozialdemokratie. Seine Herrschaft bedeutete natürlich die Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse, und binnen Kurzem war das letzte der ehemals so schneidigen Organe verschwunden. Zwar versuchten die Genossen, zähe und unentmuthig, hier und da neue Blätter herauszugeben; allein dieselben wurden trotz ihres Bestrebens, den Schärfen des Ausnahmegezetes zu entgehen, jedesmal alsbald wieder unterdrückt.

Auch jetzt geben freilich verschiedene Genossen in einigen deutschen Städten noch Zeitungen heraus; allein trotzdem die mancherlei Vortheile solcher Organe, und seien dieselben auch noch so gemäßig gehalten, nicht verkannt werden dürfen (wie wir denn auch die Herausgabe derselben und ihre Unterstützung durch die deutschen Genossen aus verschiedenen Gründen nur billigen können), so können sie doch einen auch nur theilweisen Ersatz für die frühere Parteipresse in keiner Weise bilden. Denn nicht genug, daß in ihnen auch die leiseste Kritik unserer elenden Gesellschaftsorganisation prinzipiell vermieden werden muß, bringt selbst die bloße politische Freimüthigkeit, ja schon einfache tabelnde Besprechung beliebiger öffentlicher Einrichtungen die Blätter lässlich in Gefahr. So können sich diese Organe bei der dormaligen Handhabung des Gezetes thatsächlich nicht den dritten Theil der Offenheit erlauben, welche selbst die bürgerliche Presse bisweilen gegenüber den staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zeigt.

Nicht sehr viel besser steht es mit der sozialdemokratischen Presse in Oesterreich. Zwar gibt es dort kein Ausnahmegezet, allein ein solches ist auch gar nicht nöthig, da schon die gewöhnlichen Geetze und ihre Handhabung vollkommen hinreichen, der sozialistischen Presse die besten Lebensadern zu unterbinden. Konfiskationen und Verurtheilungen nehmen kein Ende und erschweren eine wenn auch noch so gemäßigte Vertretung unserer Prinzipien in der Presse ungemein.

Von allen Ländern deutscher Zunge in Europa ist es allein nach die Schweiz, auf deren freiem Boden sich die Presse noch frei bewegen darf. Allein die hier bestehenden sozialistischen Blätter — welche wir als treue Kampfgenosser begrüßen — können, den Verhältnissen entsprechend, im Wesentlichen nur speziell schweizerische Organe sein und daher den außerschweizerischen Genossen deutscher Zunge keinen vollständigen Ersatz für die ihnen mangelnde Presse leisten.

Ein Organ, welches mit spezieller Rücksicht auf Deutschland und Oesterreich rückhalts- und rücksichtslos für die Prinzipien der Sozialdemokratie und deren Verbreitung im Volk eintritt, ist aber eine Nothwendigkeit. Obgleich hat die deutsche Sozialdemokratie während des letztvergangenen Jahres gezeigt, daß sie bei ihrer bedeutenden Entwicklung und namentlich auch ihrer trefflichen Disziplin sich im Nothfall auch ohne Presse tapfer und mit Erfolg zu halten weiß. Während sich aber die Sammlung und Organisirung der Genossen für einen bestimmten Zweck, sowie die Zusammenhaltung und Leitung der Partei im Allgemeinen allerdings durch eine geschickte Agitation von Mann zu Mann erreichen, ja diese dormalen innerhalb Deutschlands allein anwendbare Agitation sich sogar bis zu einem gewissen Grade noch weiter wirksam ausdehnen läßt, — ist es weit schwieriger, ohne Presse die neben jenen unmittelbaren Zielen wie zurücktreten dürftige prinzipielle Fort- und Ausbildung,

sowie die ununterbrochene Verbindung aller Genossen zu ermöglichen, wodurch allein in der Partei volle Einigkeit und Klarheit geschaffen und erhalten werden kann und die stetige Steigerung der Aktionsfähigkeit der Partei gewährleistet wird.

Aus diesen Gründen, und da an eine Aenderung der Dinge zum Bessern vorläufig weder in Deutschland noch in Oesterreich zu denken ist, hat sich — angetrieben durch zahlreiche und immer dringender erdennende Wünsche, namentlich aus Deutschland — auf schweizerischem Boden eine Gruppe von Sozialdemokraten aus allen Ländern deutscher Zunge gebildet, welche sich zur Aufgabe setzen, ein internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge erscheinen zu lassen, welches ein nach jeder Richtung kampfbereiter Vertreter der internationalen Sozialdemokratie sein, und insbesondere auch der deutschen und österreichischen Partei die so wünschenswerthe Pressevertretung geben und die nothwendige Verbindung aller deutschsprechenden Genossen herstellen soll.

Um nun dieses neue Organ auch wirklich zu dem zu machen, was es sein muß, wenn es seinem Zweck ganz und voll entsprechen soll, haben sich die Begründer des „Sozialdemokrat“ mit den berufensten wissenschaftlichen und praktischen Vertretern der Sozialdemokratie aller Länder, vor allem aber mit denen der deutschen, als dem Muster und der Vorkämpferin der Bewegung, in Verbindung gesetzt und den weitaus größten Theil derselben bereits als Mitarbeiter gewonnen. Als vollgültigsten und schlagendsten Beweis für das volle Einverständnis und die Unterstützung namentlich auch unserer deutschen Genossen werden wir, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach schon in der nächsten, längstens aber in der zweitnächsten Nummer ein Manifest der deutschen sozialistischen Reichstagsabgeordneten an ihre Genossen und Wähler veröffentlicht, in welchem ein ausführlicher Rechenschaftsbericht der Abgeordneten über ihre parlamentarische Thätigkeit und besonders ihr Wirken während der letzten überaus schwierigen Zeit, sowie ihre Meinung über die Lage und deren Erfordernisse niedergelegt sein werden.

Auch mit dem Abdruck instruktiver Stimmungsberichte und Korrespondenzen aus allen Centralpunkten der deutschen Bewegung und aus der Feder der berufensten Vertrauensmänner werden wir schon in den nächsten Nummern beginnen und besonders auf sie ein hauptsächlich Augenmerk richten, um die Leser des „Sozialdemokrat“ stets über den Stand der Bewegung in Deutschland auf dem Laufenden zu erhalten.

Ebenso haben wir uns des Einverständnisses der einflussreichsten österreichischen Genossen versichert und die Zustimmung ihrer Mitarbeiterschaft erhalten. Für die vorliegende Partei wird unser Blatt nicht nur die nöthige Verbindung mit der deutschen Mutterbewegung bilden, sondern werden in ihm auch alle Veröffentlichungen, welche dort aus irgend welchen Gründen nicht publizirt werden können, bereitwillige Aufnahme finden.

Nicht minder aber werden wir die Verbindungen mit den außerdeutschen Genossen pflegen, und haben wir bereits sichere Korrespondenten in London, Paris, Brüssel, Mailand, Kopenhagen, Amerika u. gewonnen, so daß, durch sie, sowie durch die sozialpolitische Rundschau der Redaktion die Leser des „Sozialdemokrat“ über die sozialpolitischen Zustände und die Parteibewegung aller Länder zuverlässig unterrichtet werden, und unser Blatt trotz seiner vorzugsweisen Beschäftigung mit der deutschen Bewegung im vollsten Sinne des Wortes ein internationales Organ sein wird.

Außerdem wird der „Sozialdemokrat“ die wichtigsten prinzipiellen und politischen Fragen in eigenen Leitartikeln behandeln, so daß unser Blatt sowohl in theoretischer als praktisch-politischer Beziehung ein treues Spiegelbild der sozialdemokratischen Bewegung geben wird.

Die ganze Haltung und Tendenz des „Sozialdemokrat“ geht aus dem Vorgelegten wohl schon zur Genüge hervor. Die prinzipielle Grundlage unseres Wirkens bildet das von den Parteienossen allerwärts anerkannte Gothaer Programm. Wohl gilt uns dasselbe weder — wie sich einer seiner Väter selbst ausgedrückt — als ein papierner Papsch noch als ein steinernes Dogma, wie es denn auch kein Sozialist je als für alle Zeiten unbedingbar gehalten hat. Aber in seiner Gesamtheit und mit Inbetrachtung aller begleitenden Umstände bildet es ein Maßzeichen der bis jetzt höchsten Entwicklung der Sozialdemokratie, eine populäre Zusammenfassung der Ergebnisse des wissenschaftlichen Sozialismus und einen Wegweiser für die politische Haltung der Partei und hat sich im Ganzen voll bewährt, so daß jede Veränderung desselben erst wohl erwogen werden, und man erst die Gewißheit haben muß, daß man wirklich Besseres an die Stelle des Bisherigen setzt.

Die taktische Haltung unseres Blattes aber ist ebenfalls durch das Gothaer Programm und die organische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie auf Grund desselben, sowie durch die Rücksicht auf die augenblicklichen Nachverhältnisse bedingt. Uns ist die Sozialdemokratie nach wie vor keine

revolutionäre Partei im wahren und besten Sinne des Wortes. Nach wie vor aber, oder besser, mehr denn je werden wir uns jetzt, wo in Folge des fast bis zur Unertreglichkeit gesteigerten Grades der Reaktion die Verführung stärker als sonst herantritt, die allerdings langwierige und beschwerliche Arbeit der successiven Aufklärung und Organisation der Massen und dadurch der allmähigen Erschütterung der Grundlagen der heutigen widerwärtigen und ungerechten Gesellschafts- und Staatsordnung durch kluge Ausnützung jeder, auch der kleinsten Chance, ermüdet sinken zu lassen und sich der scheinbar eher zum Ziele führenden, in Wahrheit aber thörichten und verderblichen Revolutions- und Putschmacherei in die Arme zu werfen, auf's Energischste gegen diese werden. Wohl glauben auch wir, daß die von uns angestrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein und in aller Gemüthsruhe von den Ministerialen und Parlamentarierbünen dekretirt werden wird. Allein diese Ueberzeugung ist himmelweit verschieden von einem „Machen“ von Revolutionen oder richtiger von Putschen; denn Revolutionen entstehen wohl, können aber nicht „gemacht“ werden.

Wir werden also auch in dieser Beziehung den von der deutschen Sozialdemokratie mit so viel Erfolg betretenen Weg gehen und uns von demselben weder durch die zahlreichen, dem Vormarsch auf ihm entgegenstehenden Hindernisse, noch durch die Aufreizungen der Reaktion — schon um der letzteren keinen Gefallen zu thun — abbringen lassen. Vielmehr werden wir, obgleich außerhalb des Machtbereiches der deutschen und österreichischen Polizei stehend, trotzdem jede Verletzung des gemeinen Rechtes in der Form nach Möglichkeit vermeiden, was unserer Rücksichtslosigkeit in der Sache durchaus keinen Eintrag thun wird.

Der „Sozialdemokrat“ steht mit Einem Wort sowohl in prinzipieller als faktischer Beziehung voll und ganz auf dem Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie, wie sie war und wie sie ist! — — —

Dies kurzgefaßte Programm und die Anerkennung und Mitarbeiterschaft der berufensten Vorkämpfer der Sozialdemokratie aller Länder, vor allem der deutschen, gibt unsern Lesern die Garantie, daß unser Werk nicht ein gewöhnliches Privatunternehmen, sondern sozusagen ein offizielles Centralorgan der Partei ist!

Darum erwarten wir aber auch, daß Ihr, Parteienossen in Deutschland, Oesterreich und allerwärts, soweit die deutsche Zunge klingt, den „Sozialdemokrat“ mit allen Kräften, sowohl durch direktes Abonnement, als insbesondere auch durch eifrige Weiterverbreitung in den Euch zugänglichen Kreisen unterstützen und fördern werdet. Denn erst dann, wenn der „Sozialdemokrat“ in vielen Tausenden von Abdrücken über alle deutschsprechenden Länder verbreitet und in die weitesten Volkskreise gedrungen ist und sich namentlich in den Händen aller deutschen Sozialdemokraten befindet, erst dann wird er seine Aufgabe voll und ganz erfüllen und eine mächtige Waffe sein können in dem gewaltigen und immer größere Ausdehnung annehmenden Kampfe zwischen der alten Welt der Ungleichheit, Knechtung und Ausbeutung und der neuen Welt der Freiheit und Gleichheit, der Sozialdemokratie!

Die weiteste Verbreitung des „Sozialdemokrat“ ist deshalb von größter Wichtigkeit für die Partei und daher die Pflicht jedes Parteienossen. Möge sie jeder von Euch gewissenhaft erfüllen, — unserer großen Sache zu Ruh, unsern Feinden aber zu Trug!

Verlag und Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Breslau-Erfurt-Hamburg.

r. Leipzig, im August*). Daß auch ich, gleich allen deutschen Genossen, die Gründung eines sozialdemokratischen Parteiorganes in der Schweiz mit großer Genugthuung begrüße, brauche ich Ihnen wol kaum erst zu versichern, ebensowenig, wie daß ich mit Freuden bereit bin, mich der stattlichen Reihe der Mitarbeiter des „Sozialdemokrat“ anzuschließen.

Wird uns deutschen Sozialisten doch dadurch endlich wieder eine Tribüne eröffnet, von welcher wir unsere Meinungen offen aussprechen und austauschen und die Gebrechen und Uebelstände der Gesellschaft im Allgemeinen und die unseres „herrlichen Reiches“ insbesondere ungehindert durch brutale Ausnahmegeetze vor aller Welt enthüllen und nach Verdienst charakterisiren können.

Indem ich nun diese Gelegenheit zum ersten Mal benütze, ist es nicht mehr als billig, daß ich einen Blick auf die allgemeine

*) Die Ausgabe der ersten Nummer des „Sozialdemokrat“ war nämlich ursprünglich bereits für Mitte August beabsichtigt, wurde indessen der bis dahin nicht zu bewältigenden notwendigen Vorbereitungen wegen bis jetzt hinausgeschoben werden. Unser r. Mitarbeiter aber hatte in erretlicher Bereitwilligkeit sofort nach Kenntnisaufnahme der Absicht der Gründung des „Sozialdemokrat“ und den obigen Artikel eingesandt. Obwohl seitdem mehr als ein Monat verlossen ist und wir inzwischen wieder neue Erfolge zu verzeichnen gehabt haben, so erscheint uns der Artikel doch noch von vollem Interesse, um so mehr, als die Leser über die für die deutsche Sozialdemokratie wichtigen Ereignisse der letzten Zeit durch einen anderen Artikel vollkommen orientirt werden. Die Red.

Situation der deutschen Sozialdemokratie werfe. Nun, die- selbe läßt sich nicht anders denn als eine sehr günstige bezeichnen!

Das liberale Bürgerthum, welches sich vor Jahresfrist am lautesten an dem Hepp! Hepp! Ruf gegen die Sozialdemokraten beteiligte, ist ganz schwüchlich und zerschlagen geworden, niedergebennert in dem Gedanken, daß Herr Bismarck der „Einzigste“ ihm keine Gnade mehr widerfahren läßt. Die liberalen Zeitungen und Parlamentarier aber schämen sich, daß sie durch Befürwortung und Annahme des Sozialistengesetzes sich selbst eine Ruthe gebunden haben, die jetzt in schärfster Weise gegen sie angewandt wird.

Die Fortschrittler aber waschen ihre Hände in Unschuld und rufen das bekannte „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie jene!“ Nun ist allerdings wahr, daß die Fortschrittspartei nicht für das Sozialistengesetz gestimmt hat, aber deshalb hat sie doch nur wenig Anlaß zur Prahlerei, denn sie hat die Sozialdemo- kratie vor Erlaß desselben in einer Weise geschmäht und zu besudeln versucht, daß die Regierung ihre Motive für die Einbringung des Sozialistengesetzes auf diese Schmähungen stützen konnte. Sämmtliche Reden, welche bei Verathung dieses Gesetzes vom Bundesrathstisch aus gehalten worden sind, hätte z. B. fast eben so gut Herr Eugen Richter halten können, wenn man das Schlüsselwort, die Empfehlung der Annahme, sich fortsetzt. Wenn also gewisse Fortschrittler sich jetzt so viel darauf zu gut thun, gegen das Sozialistengesetz gestimmt zu haben, so müssen den- selben ihre ewigen Hehereien gegen die Sozialisten in's Gedäch- niß gerufen werden, die zum großen Theile das Gesetz mit ver- schuldet haben.

Indessen befinden wir uns, wie gesagt, trotz des Gesetzes, auf welches wir, wie Bracke sagte, „pfeifen“, ganz leidlich wohl. Sehen wir doch fast täglich, was wir untern Gegnern bei Verathung des Ausnahmengesetzes vorausgesehen, daß die Spitze des letzteren machlos an unserer Brust abprallt und in die Weichen des faulen Liberalismus führt, und haben wir doch gerade unter der Herrschaft dieses „Gesetzes“ eine Anzahl ganz bedeu- tender Erfolge zu verzeichnen gehabt.

Vor allen ist es die Stadt Breslau gewesen, welche die Probe auf das Sozialistengesetz zu geben hatte, und diese Probe fiel nicht weniger als dreimal für die Herren Gesetzgeber und Sozialistenfresser äußerst kläglich aus.

Zuerst, im Februar, war die Nachwahl zum Reichstag an Stelle des verstorbenen Fortschrittlers Bürgerers im Breslauer Wahlkreis. Alle Parteien hatten einen kleinen Rückgang zu ver- zeichnen, die „unterdrückten“ Sozialdemokraten den geringsten. Der Kandidat derselben, Kräcker, kam in die Stichwahl und nur den vereinsten Anstrengungen aller „staatsbehaltenden“ Ele- mente (damals waren die Liberalen noch nicht in die Reichsacht- gelang) gelang es, den fortschrittlichen Justirath Freund, für welchen die gesammte Bourgeoisie, sowie die Beamten bis zum Schutzmann und Nachtwächter hinab, einmüthig gestimmt hatten, durchzubringen.

Den 16. Mai fand das Begräbniß des braven sozialdemokra- tischen Abgeordneten für den Breslauer Ostkreis, P. Reinders, statt. Tausende und aber Tausende von Menschen folgten der Leiche des einfachen Mannes, der sein Leben lang für die Frei- heit gekämpft und stets bereit gewesen, sein Herzblut für die Vinde- rung der wirtschaftlichen und politischen Leiden des Volkes einzu- setzen. Dieser großartige Leichenzug, abgehalten in der zweitgrößten Stadt Preußens, deren Polizei nach dem strammen Muster der Berliner organisiert ist, und unter dem Ausnahmengesetz war eine Demonstration, wie Breslau sie niemals gesehen hat und wohl kaum wieder gesehen wird.

In Folge von Reinders' Tod fand dann am 8. Juni eine Neuwahl auch im Breslauer Ostkreis statt. Die Sozialdemo- kraten stellten Hasenclever auf, der bei den allgemeinen Wahlen in Berlin (Wahlkreis VI) mit 15,300 Stimmen unterlegen war; die antisozialistischen Elemente fanden einen Kandidaten, einen Justirath Leonhardt, der erklärte, es den Fortschritt- lern, den Nationalliberalen und den Konservativen zugleich recht machen zu wollen. Drahtlicher hat sich das Wort von der „reaktionären Masse“ gewiß noch selten bewahrheitet! Die Ultramontanen aber erklärten sich für einen früheren evangelischen Pfarrer, Dr. Hager aus Mecklenburg. Bei der ersten Wahl verlor die vereinigte Ordnungspartei über 5000, die Sozialdemokratie dagegen nur 1200 Stimmen; die Ultra- montanen, die erstlich in Breslau nicht in Betracht kommen, ge- wannen einige Stimmen. Ergebnis: Stichwahl zwischen Sozial- demokratie und Reaktion.

Die Ultramontanen erklärten feierlich, sich bei der engeren Wahl der Stimmabgabe enthalten zu wollen; das haben sie im Allge- meinen auch gethan. Denn zugegeben, daß vielleicht 200 katho- lische Arbeiter für Hasenclever stimmten, so haben doch minde- stens ebensoviel katholische Beamte und Bourgeois für Leonhardt gestimmt.

Bei der engeren Wahl (18. Juli) zeigte sich eine lebhaftere Beteiligung und Agitation beiderseits — man wußte, worum es sich handelte. Die Fortschrittspartei besonders war es, die leb- haft für den Kandidaten der vereinigten Reaktion agitirte. Die Sozialdemokratie wußte ihre Agitation natürlich mehr im Stillen betreiben, da ihr Versammlungen verboten waren*). Ihr ein-

ziges Agitationsmittel außer der mündlichen Propaganda von Mann zu Mann war ein Flugblatt, welches in einer durch die Umstände aufgezwungenen „gemäßigten“ Sprache abgefaßt war, aber radikale Forderungen enthielt, und in 35,000 Exemplaren geschickt verbreitet wurde.

Der Erfolg dieser Agitation war unter Berücksichtigung der Verhältnisse ein glänzender; denn der Kandidat des vereinigten Liberalismus und Konservatismus erhielt trotz aller eckentlichen Anstrengungen mehr als 1200 Stimmen weniger als der Kan- didat der siegreichen Sozialdemokratie.

Das war ein Sieg, der die vielversprochene „Vernichtung“ der deutschen Sozialdemokratie durch das Ausnahmengesetz so recht ad oculos allen Sozialistenfressern demonstirte. Deshalb er- folgte denn auch ein namenloses Jeter-Morbid in der ganzen „gutgesinnten“ Presse, welche die Wahl von Breslau und die Schulfrage, d. h. wer den Sieg der Sozialdemokratie verschul- det habe, wochenlang beleitartitelte, ohne freilich zu ihrem Leid- wesen dadurch etwas an dem Resultat ändern zu können.

Kurz nach der Breslauer Wahl fand auch in Erfurt eine Nachwahl statt an Stelle des zum Minister ernannten seitherigen Abgeordneten Lucius. Wohl wurde Lucius wieder gewählt; aber nur mit knapper Noth, denn er hatte gegen das Vorjahr über 4000 Stimmen verloren, während die Stimmenzahl der Sozialdemokratie trotz aller Pressionen ungefähr dieselbe, gegen 1700, blieb. Außerdem stimmten für den radikalen und per- sönlich ehrenwerthen Fortschrittswann, Albert Träger, über 2000 Wähler. Man sieht, welche Fortschritte das preussische Ministerium macht, da ein Mitglied desselben in einem bisher allezeit durchaus konservativ-preussischen Wahlkreise fast eine Nie- derlage erlitten hätte.

Und nun Hamburg! Mit Rehmuth denke ich an den 3. August. Der Besten Einer, unser untergeordneter Geib, hat uns verlassen. Das war eine Begräbnißfeier! Nicht Berlin vor zwei Jahren, nicht Breslau können sich mit Hamburg messen: 50,000 im Leichenzuge, 100,000 neben demselben — das sind die annähernd richtigen Zahlen — es war im wahren Sinn eine sozialistische Heerschau, die die Gegner in Erstaunen und Schrecken setzte. Während anzuerkennen ist, daß die Hamburger Polizei sehr anständig war, indem sie das Leichenbegängniß in keiner Weise störte. Als Lohn dafür soll sie indessen von Berlin, wo man weniger „sentimental“ denkt, später einen ordentlichen Küffel erhalten haben.

50,000—100,000 Parteigenossen einmüthig beisammen, um einen ihrer Besten zu begraben, Zeugniß abzulegen von ihrer Einigkeit, Zeugniß abzulegen für ihre Sache, Zeugniß dafür ab- zulegen, wandeln zu wollen auf den Wegen, die der Todte an- gezeigt hat — steht das aus wie ein „Rückgang“?

Die Stimmung in den Bürgerkreisen ist denn auch bereits eine ganz andere, wie vor Jahresfrist, wo oft genug die Gast- wirths und ihre Stammgäste einen halbwegs bekannten Sozial- demokraten aus den Wirtschaftstokalen hinauszumangeln ver- suchten. Jetzt sehen wir dagegen meist nur freundliche Gesichter und manche einsichtsvollen Leute sehen ein, zu welcher erschrecklichen Dummheiten sie sich durch ihre, ihnen von der Regierung ein- gejaagte Furcht vor dem rothen Gespenst haben verleiten lassen. Es ist zweifellos, daß wir seit den letzten Monaten eine große Anzahl geheimer Anhänger gefunden haben.

Wie kleinlich erscheint einer solchen Demonstration für die Sache der Menschheit gegenüber ein preussisches Polizeige- setz!

Und da sollten wir nicht zuhieden sein mit der gegenwärtigen Situation angesichts solcher Erfolge!?

Was schließlich die Stimmung und Haltung der deutschen Sozialdemokratie selbst betrifft, so sind allerdings — wie bei dem ichroffen Uebergang von der früheren offenen und geräuschvollen Agitation zu der durch das Ausnahmengesetz bedingten stillen und dabei äußerst beschwerlichen von heute leicht erklärlich — manche Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten zu überwinden gewesen. Manche Genossen vermindern sich eben nur schwer oder kaum in die veränderte Sachlage zu finden und glauben der Sache durch nutzlose Demonstrationen zu dienen, während doch die Macht der Thatfachen — unbeschadet des Prinzipes — eine ganz andere Taktik fordert. Indes ist die Zahl dieser Genossen doch nur eine verhältnismäßig sehr geringe und nimmt angesichts der sich stets mehrenden eklatanten Erfolge unserer Taktik außerdem rapid ab. Die Entwicklung und Disziplin der deutschen Sozialdemo- kratie ist eben bereits weit genug fortgeschritten, um die Partei über alle inneren und äußeren Schwierigkeiten hinwegzuführen — zum großen Leidwesen ihrer Todfeinde, die beschränkt genug waren und noch sind, allen Ernstes an die Möglichkeit der Ver- nichtung einer entwicklungsgeflügelt mit Nothwendigkeit entstan- denen und sich immer mehr entfaltenden Partei durch politische und soziale Unterdrückungsmaßregeln zu glauben.

Ich kann daher zum Schluß nur mit gutem Gewissen wieder- holen, daß unsere Partei seit dem Sozialistengesetz in freiem Wachstum begriffen ist und daß, wenn die Fessel dieses Gesetzes so oder so einmal fällt, und wir dann öffentliche Heerschau halten, diese großartig und für alle Gegner des Sozialis- mus furchterregend ausfallen wird!

Vorkämpfer — das sind die Breslauer seit dem Inkastreten des Sozial- istengesetzes! Bismarck in den letzten 9 Monaten haben sie die Ehre der Partei gereitet: zweimal im Ringen für Kräcker's Kandidatur, dann bei dem Begräbniß unseres tapferen Reinders und endlich am Dienstag vor 8 Tagen. Und nun übermorgen ist der fünfte „Tag des Proletariats“, Wäge er ein Tag des Sieges sein! An den Breslauer wird es nicht feh- len — daß bin ich sicher — sie werden zum fünften Mal seit Erlaß des Sozialistengesetzes ihre Schuldigkeit thun; sie werden am 18. Juli den Tag- hosten den Weg der Pflicht zeigen, die siegen Bekämpfer unserer Partei beschützen und die nutzthätigen Politiker, welche die weltbewegende Idee des Sozialismus mit den Zwirnsträngen eines Polizeigesetzes zu laebeln vermei- nen, ad absurdum führen. Ich, ich wäre so gern mit dabei — mit auf dem Ehrenposten! Nun, ich muß mich in das Unvermeidliche schiden. Und es geht ja auch ohne mich! Wo 10,000 Männer entschlossen sind, den Sieg zu erkämpfen, da kommt es auf Einen mehr oder weniger nicht an.

Die Breslauer haben sich so trefflich bewährt, daß jeder Zweifel die abscheuliche Verläumdung wäre; die hohe Bedeutung der Wahl des 18. wird die Kräfte eines Jeden verdoppeln, Jeden zur äußersten Kraftanstrengung anspornen. Dies weiß ich, und darum erwarte ich fest den Sieg.

Übermorgen werden meine heißesten Wünsche die Breslauer Genossen an die Wahlurne begleiten. Das sag ihnen!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Dein

W. Liebknecht.

Die Bedeutung der sächsischen Landtags- wahlen.

—t. Aus Sachsen. Die beiden vollzogenen Wahlen zu sächsischen Landtag*) haben ein für unsere Gegner geradezu ver- blüffendes Resultat geliefert. Und das es unter der Herr- schaft des Zensus und des Ausnahmengesetzes und möglich geworden, zwei unserer Kandidaten durchzubringen und in fünf andern Wahlkreisen eine Macht zu entwickeln, die uns unter normalen Verhältnissen den Sieg gesichert hätte, — das ist allerdings eine Thatfache, wohl geeignet, die Feinde der So- zialdemokratie zu erschrecken.

Bekanntlich ist das Landtagswahlrecht in Sachsen an die Zah- lung einer direkten Steuer von 3 Mark jährlich geknüpft. Da man aber entbedte, daß bei der kolossalen Besteuerung, welche die neue Reichsherrlichkeit über uns verhängt, so ziemlich jeder Erwachsene der Zensusbedingung entsprechen würde, so ist man auf die schlaue Idee gekommen, einen Theil der direkten Steuer zu fixiren und den Rest in Gestalt eines sogenannten „Zu- schlages“ zu erheben. Nur die fixirte Steuer zählt als Zensus im Sinne des Gesetzes, der Zuschlag dagegen wird einfach nicht gerechnet!

Jetzt beträgt der „Zuschlag“ 50 Prozent der fixirten Steuer; um also der Zensusbedingung der 3 Mark zu entsprechen, muß man in Wirklichkeit 4½ Mark direkten Steuern bezahlen. Und wenn es unsern Herren Gesetzgebern einfällt, die fixirte Steuer auf die Hälfte herab und den Zuschlag auf die dreifache Höhe hinaufzusetzen, dann ist es auch „in der Ordnung“, und mit Ausnahme einiger Tausend Reichen hat in Sachsen Niemand mehr das Landtagswahlrecht. Man muß jedenfalls gesehen, daß sich unsere Gesetzgeber vorzüglich auf die Um- gezung der Gesetze“ verstehen.

Wie dem nun sei, die Wirkung des gegenwärtigen Zensus (mit „Zuschlag“) ist, daß durchschnittlich ungefähr zwei Drittel der Reichstagswähler vom Landtagswahl- recht ausgeschlossen sind. In den Bergwerksdistrikten (dem Zwickauer Kohlenbeken) und in Leipzig und Dresden nebst industrieller Umgegend, wo die Arbeitslöhne relativ hoch sind — freilich dieses relativ hoch ist absolut sehr tief — durch den Zensus ziemlich genau die Hälfte der Reichstagswähler des Landtagswahlrechtes beraubt, während in den Weidestrikten kaum ein Viertel der Reichstagswähler das Landtagsrecht besitzen.

Wenn man bedenkt, daß es gerade das Gros der sozialdemo- kratischen Reichstagswähler ist, welches der Zensus ausschließt, wohingegen die Anhänger der reaktionären Parteien nicht von ihm betroffen werden, so tritt die volle Bedeutung unserer Er- soße bei den letzten Landtagswahlen zu Tage. Dieselben über- heben es über jeglichen Zweifel, daß unsere Partei seit der Reichstagswahl im Attentatsommer große Fortschritte gemacht und weit tiefer in die Massen, namentlich in die bürgerlichen und bäuerlichen Kreise eingedrungen ist, als dies vor ¼ Jahren der Fall war!

Besonders klar ergibt sich dies Wachsthum in den beiden Wahl- kreisen, in welchen wir gesiegt haben: dem Leipziger und dem Zwickauer Landkreis. Hier wie dort waren wir bei der letzten Reichstagswahl unterlegen. Wir haben also jetzt unter dem Drucke des Zensus und des Ausnahmengesetzes zwei Wahlbezirke erobert, die wir vor fünf Vierteljahre mit Hilfe des allge- meinen Wahlrechtes und der uns noch nicht vollständig ent- rissenen Waffen der Pressefreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechts nicht zu erkämpfen vermocht hätten. Rehnlich ist es im Dresdener Landkreis, wo Liebknecht bei der Landtagswahl er- hielt, als im Sommer des vorigen Jahres.

Auch in Chemnitz Stadt und Land, sowie in den beiden städtischen Bezirken von Dresden war der Ausfall ein solcher, daß wir ohne Selbsttäuschung behaupten können: wir hätten unsere Kandidaten durchgeleitet, wenn die Behörden nicht in der rückfichtlossten Weise die Wahlfreiheit vernichtet und sich beispiel- lose Gewaltübergriffe und Einschüchterungsversuche erlaubt hätten.

Ueber unser Vorgehen war die Regierung und Polizei gänzlich im Dunkeln: man fürchtete aber eine Ueberrumpfung im letzten Moment, und um uns lahm zu legen, erließ die Regie- rung in der Woche vor der Wahl eine Ordre, dahin gehend: jede sozialdemokratische Wahlversammlung und Wahlkundgebung zu hintertreiben, das Sozialistengesetz auf's Schärfste anzuwenden, jedes sozialdemokratische Beziehungen verdächtige Blatt zu unter- drücken, massenhafte Hausdurchsuchungen vorzunehmen und beim geringsten Anlaß jeden sozialdemokratischen „Führer“ oder „Agenten“ zu verhaften.

Und diese Ordre wurde auch streng ausgeführt. Zunächst stelen ihr drei Blätter zum Opfer: eins in Dresden, eins in Chemnitz und eins in Glauchau, alles Blätter, deren sozialdemokratische Bestrebungen im Sinne des Sozialistengesetzes nachzuweisen ein- fach unmöglich wäre. Doch was trägt die Polizei nach „Be- weisen“? Dann wurde in Dresden ein harmloser Verein, hinter dem man sozialdemokratische Tendenzen witterte, der Demokraten- bund, aufgelöst, und ferner am Sonnabend, Sonntag und Mont- tag vor der Wahl (Dienstag den 9.) sechs Wählerversammlungen in Sachsen, deren Einberufer der Polizei nicht als gute Ordnungsmänner bekannt waren, verboten — zahlreicher Hausdurchsuchungen gar nicht zu erwähnen.

Am Mandalbesten versuhr die Polizei in Chemnitz, der Domäne des berüchtigten Siebdracht. Dieser Miniaturs-Gesellschafts- retter überfiel am Sonnabend vor der Wahl ein Lokal, in welchem bei offenen Thüren und von den übrigen Wirthe's- hausgästen nicht abgesperrt, 20 unserer Genossen, dar- unter Bahleisch und Wiemer, sich zum Zwecke der Wahl be- sprachen und Wahlaufrufe nebst Stimmzetteln faßten, — und erklärte sämmtliche Anwesende für verhaftet. Unsonst wurde rekurirt, es blieb bei der Verhaftung, und die 20 Arrestanten, Bahleisch und Wiemer voran, wurden, wie ein Bündel Zigaretten mit einem Strick zusammen gebunden, durch die Straßen nach dem Polizeihause geführt! Dort entließ man 15 sofort, 4 am folgenden Tag, nur Bahleisch, auf den

*) Es muß bemerkt werden, daß viele Wahlen bloße Theilwahlen waren, indem sie sich bloß auf ein Drittel von Sachsen erstreckten. Der sächsische Landtag ist nämlich ewig; alle drei Jahre hat ein Drittel der Mitglieder auszuscheiden, und zur Besetzung der vakanten Sitze eine „Ergänzung“ stattzufinden. Die Mandate haben sechsjährige Gültigkeit.

*) Nur ein einziges Mal kamen die Sozialdemokraten auf der Redner- tribüne zum Wort und zwar in einer von freiwilliger Seite einberufenen Versammlung im Hotel de Silésie, auf deren Tagesordnung stand: „Die Presse und das Volkswohl.“ Die Versammlung war sehr zahlreich, auch von Sozialisten, besucht, und es sprachen in derselben der sozialistische Kandidat Hasenclever und der Reichstagsabgeordnete Max Kasper unter großem Beifall. — Vor der engern Wahl beriefen katholische Arbeiter eine Versammlung ein, in welche sich Hasenclever, Kasper, Kräcker mit vielen Genossen begaben. Kräcker sprach von den Sozialdemokraten zu- erst und empfahl die Wahl des Sozialisten, worauf er einen Brief Lieb- knecht's an Hasenclever verlas, auf Grund dessen der überwiegende Vol- lizeikommissar die Versammlung auflöste. Der „gefährliche“ Brief lautete: Mittweida, 16. Juli Abends. Lieber Freund! Wie wir schon heute Morgen vermutheten, ist es mir in der That nicht möglich, zur Wahlschlacht nach Breslau zu kommen. Ich muß Sonnabend in Hamburg sein, und wenn ich auch Freitag Abend schon von Breslau abfähre, so komme ich doch nicht mehr rechtzeitig dort an, abgesehen davon, daß ich todmüde sein würde. Es geht also nicht. Sage den braven Breslauer, ich bedauere es sehr, nicht in ihrer Mitte sein zu können. Du wirst, wie ich mich trotz meines Unwohlseins darauf gefreut hatte, in Breslau in die Gesammtpartei engagirt, und ich fühle mich verpflichtet, dem agitatorischen Massenaufruf zu folgen, und mein Schicksal zum Sieg unserer Vorkämpfer beizutragen. Unsere

es hauptsächlich abgesehen war — er kandidierte in Chemnitz — wurde bis nach der Wahl festgehalten!

Der Transport der so schmuckvoll gefesselten erregte natürlich große Erbitterung, und es bedürfte der ganzen trefflichen Disziplin unserer Genossen, um einen Konflikt zu verhüten, der wahrscheinlich mit einem Massacre gendete hätte.

Trotz dieses abscheulichen Polizeistreichs, für den Herr Siebdrath nicht bloß im Land- und Reichstag, sondern auch vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden wird, besorgten aber die Chemnitzer Genossen die Wahlarbeiten: Austragen der Flugblätter und Stimmzettel mit bewundernswürdiger Promptheit — es ist aber leicht erklärlich, daß am Wahltag gar Mancher, der sonst für Pöhllichkeit gestimmt hätte, von der Wahlurne wegblich.

Die Organisation bewährte sich durchweg vorzüglich. Am Sonnabend Abend wurde noch Niemand — außer den Eingeweihten — ob wir uns überhaupt an der Wahl beteiligen würden; am Sonntag früh aber schwärmten plötzlich aus den verschiedenen Zentren Hunderte von Genossen, gleich Bienenschwärmen aus, und am Sonntag Abend hatte jeder Wähler seinen sozialdemokratischen Ausruf mit Stimmzettel. In einigen Wahlkreisen wurde am Montag ein zweiter Ausruf vertheilt. Und Alles klappete. Es hat sich bei dieser Gelegenheit so recht deutlich gezeigt, wie wirksam die private Organisation von Mann zu Mann, auf die wir jetzt angewiesen sind, gemacht werden kann.

Die Reaktionen, die zum Glück nichts gelernt und nichts vergessen haben und überhaupt auch nie etwas lernen werden, schreien nun nach Erhöhung des Zensus, Abschaffung der Bestimmung, daß, wo drei Kandidaten aufgestellt sind, die relative Mehrheit zur Wahl genügt, — und vor Allem nach einer Verschärfung des Sozialistengesetzes. Nun, Ihr mögt's probieren — wir sind es nicht, die den Schaden haben werden!

Zur Lage in Oesterreich.

Ss. Von der Donau. Freudig wird auch bei uns der „Sozialdemokrat“ begrüßt. Wir, die wir jedes Parteiorgan willkommen heißen, das in einem Lande erscheint, in dem noch wirkliche Pressefreiheit herrscht, wir begrüßen ihn nicht nur als eine Waffe gegen die Gewaltthätigkeit Deutschlands, welche mit seltener Unvorsichtigkeit dem Volke am helllichten Tage die Freiheit geraubt haben, sondern auch als Waffe gegen die Tyrannen Oesterreichs, welche uns das Bischof sogenannte Freiheit heimlich gestohlen haben, ohne daß man es in weiteren Kreisen gemerkt hat.

Es gab naive Menschen, welche vom Ministerium Lauffe eine Verbesserung unserer freiherrlichen Zustände erwarteten, welche vor allem glaubten, es werde, um den „Liberalen“ den Boden unter den Füßen wegzuziehen, das allgemeine Wahlrecht gewähren. Heute erwartet die wenigstens in unsern Reihen wohl Niemand mehr von dem Milchbruder des Kaisers von Oesterreich, obgleich man zugestehen muß, daß es uns dormalen eben auch nicht schlechter geht, als unter dem „liberalen“ Regiment. Es ist so ziemlich vollkommen gleichgültig, ob so oder so regiert wird.

Unser bisheriges Zentrallorgan, der „Sozialist“, wäre eingegangen, auch wenn das Ministerium Auersperg fortgewirksam hätte. Wohl hätte der „Sozialist“ noch weiter leben können; die materiellen Grundlagen seines Bestandes wären noch vorhanden, aber man war es müde geworden, bloß für den Staatsanwalt zu schreiben und Stempelsteuer zu zahlen für Blätter, welche die Abonnenten nicht erhielten und bei jedem Pressprozeß 200—500 Gulden dem hohen Aecar in den Rücken zu stecken.

Um dem zu entgegen, hatte man die Absicht, an Stelle des zweimal in der Woche erscheinenden „Sozialist“ zwei in Zwischenräumen von je 14 Tagen erscheinende Blätter herauszugeben, welche keine Stempelsteuer zu zahlen brauchten und auch vom Erlag einer Kautions befreit gewesen wären. Aber der Mensch denkt und die Polizeidirektion lenkt. Die beiden Blätter, die „Freiheit“ und der „Proletarier“, — wurden von denselben als ein Blatt betrachtet, welches nur verschiedene Titel hätte, um sich dem Erlag einer Kautions zu entziehen, und daher bis zur Erlegung einer solchen verboten. Die Kautions bietet eben die sicherste Handhabe zum finanziellen Ruin der Partei. In Folge einer Beschwerde bei der Statthalterei wurde zwar dieses ungeheuerliche Erkenntnis aufgehoben, aber nur insoweit, daß ein es der beiden Blätter uns bewilligt wurde. Die „Freiheit“ darf also in Oesterreich fortexistieren — der „Proletarier“ bleibt unterdrückt. Wie gesichert aber die Existenz der „Freiheit“ in Oesterreich ist, geht daraus hervor, daß schon die erste Nummer derselben konfisziert wurde und daß — soweit geht die Unverschämtheit unserer Behörden — eine zweite Auflage nicht einmal mit Hintertreibung der konfiszierten Artikel gestattet wurde.

So haben wir denn nur mehr ein vierzehntägiges Parteiorgan in Wien — und auch das haben wir gewöhnlich nicht. Was das Resultat dieser Entziehung unserer geistigen Nahrung ist, bedenkend allerdings die Behörden in ihrer bodenlosen Beschränktheit nicht: es ist das der Import ausländischer Zeitungen! Ganz natürlich! Der sozialistische Arbeiter kann sich unmöglich mit einem 14tägigen unter der jeden freien Gedanken im Keime erstickenden Herrschaft unserer Presspolizei erscheinenden Blatte begnügen und er sucht daher einen Ersatz im Ausland, wenn er im Inland keinen findet, wobei er noch den Vortheil hat, die unversälschte Wahrheit zu Gesicht zu bekommen, während die inländischen Zeitungen einer freiwilligen Zensur sich unterwerfen müssen, wenn sie überhaupt auch nur die Hoffnung haben sollen, zu erscheinen.

Aus diesem Grunde begrüßen wir das neue Schweizer Parteiorgan auch als Mitkämpfer in der österreichischen Arbeiterbewegung. Denn wir erwarten vom „Sozialdemokrat“, daß er die Gesetzesübertretungen der österreichischen Behörden ebenso brandmarken wird, als die Gesetzesfabrikation der deutschen Parlamentsmameluken.*

Jene sind der letzteren vollkommen würdig. Daß die Presse- und Religionsfreiheit, die Öffentlichkeit der Gerichte und andere durch die Staatsgrundgesetze jedem Oesterreicher gewährleistete Freiheiten für die Sozialdemokraten nicht existieren, ist uns zu wohl bekannt, als daß wir darüber noch erfragen könnten. Was aber bis jetzt noch nicht vorgekommen war, das ist die Verletzung des Briefgeheimnisses — wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber, denn die geheime Briefschreiberei wird bei uns auch betrieben,

wenngleich vielleicht auch nicht ganz so schwinghaft, als im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte. Aber in letzterer Zeit wird es Mode, wenn man einen „verdächtigen“ Brief wittert, dem Briefträger, der ihn überbringt, gleich einen Detektiv mitzugeben, der dem Empfänger das Schreiben in demselben Augenblick abnimmt, als es in seine Hände niedergelegt wird und sich nicht scheut, es selbst zu erblicken, wenn der Adressat sich weigert, es zu thun!

Wahrlich! Auch das blödeste Auge muß da zur Einsicht gelangen, daß die Gesetze in Oesterreich nicht Schranken sind für die Willkür der Behörden, sondern bloß Schranken für diejenigen, welche sich einbilden, in einem Rechtsstaate zu leben und glauben, ungehindert gegen die Korruption ankämpfen zu dürfen, sobald sie sich an die Bestimmungen des Gesetzes halten. Zum Glück wird die Zahl derjenigen nativen Seelen immer seltener, welche den Bahnen liegen, auf lediglich konstitutionellen und parlamentarischen Wege für die Regeneration des Staates wirken zu können in einem Gemeinwesen, in welchem ein bigotter Hof, ein verropptes und entmenschetes Sabelregiment und ein korruptes Großkapital sich in die Herrschaft theilen. Diese Mächte können keinen Fortschritt dulden, weil das ihr Untergang wäre; sie dürfen keine Aufklärung dulden, weil ein denkendes Volk sie keinen Tag länger regieren ließe. Mit allen „gesetzlichen“ und ungesetzlichen Mitteln kämpfen sie gegen alle wahren Freunde des Volkes; alle Stätten, in denen zum Volke gesprochen werden kann, suchen sie zu korrumpiren und unzugänglich zu machen für charakterfeste Männer. Sie haben das Parlamentshaus zu einer Komödiantenbude herabgemüßigt, die Wissenschaft zu einer feilen Dixie, die Presse zu einer Banditenhöhle gemacht.

Das österreichische Volk weiß das recht wohl und auch derjenige Theil desselben, der außer unserer Partei steht, beginnt allmählich zur Erkenntnis zu kommen. Die geringe Theilnahme bei den letzten Parlamentswahlen beweist am besten, wie gleichgültig ihm eine Verfassung wird, welche nichts ist als eine große Lüge. Es kommt immer mehr zur Erkenntnis, daß das Parlament und die Presse nicht Waffen sind, um es zu schützen, sondern um es zu knechten, weil seine Ausbeuter sich derselben ganz bemächtigt haben. Nicht nur in industriellen Arbeiterkreisen, nein gerade unter dem Landvolke greift die Währung um sich, unter dem vorwiegendsten Bauernproletariat in Böhmen, Mähren, Niederösterreich, Steiermark, vor dessen elender Lage nur diejenigen sich eine Vorstellung machen können, die sie selbst gesehen.

Eine solche Bewegung kann weder von einer Partei gemacht, noch gehindert werden, unsere Pflicht ist es aber, dahin zu wirken, daß diese Bewegung vom Volke benutzt werde zu seinem Besten, daß sie nicht auf das Anzünden der Fabriken und Erschlagen der Juden hinauslaufe — gegen diese beiden richtet sich hauptsächlich die Wuth der Bauern — sondern, daß sie etwas Besseres an Stelle des Bestehenden setze. Das Volk aufzuklären, seinen revolutionären Drang nicht niederzuhalten, sondern auf die richtige Bahn zu leiten, ist unsere Pflicht in Oesterreich und wer uns darin unterstützt, dem reichen wir die Bruderhand.

Sozialpolitische Rundschau.

Die deutsche Regierung ist über die wiederholten, einander schnell folgenden Erfolge der Sozialdemokratie, namentlich über den ihr vollkommen unerwarteten Ausfall der sächsischen Landtagswahlen außer sich. Statt sich aber diese „beunruhigende“ Erscheinung in richtiger Weise dahin zu erklären, daß sie selbst durch Erlaß des drückenden und dadurch Gegenbruch erzeugenden Ausnahmegesetzes, sowie durch die stets vermehrte Belastung des Volkes die Hauptschuld daran trägt, und demnach ihre Maßnahmen zu treffen, — statt dessen glaubt sie im Gegentheil, die Schuld liege daran, daß die gegen die Sozialdemokratie angewandten Unterdrückungsmaßregeln noch nicht scharf genug seien. Es ist deshalb an eine Aufhebung oder auch nur Milderung der Ausnahmegesetzbestimmungen in keiner Weise zu denken, vielmehr steht angesichts des entschiedenen Willens der Regierung und der Erbärmlichkeit der Parlamentshelden schon jetzt fest, daß das Sozialistengesetz über den 31. Oktober 1881 hinaus verlängert wird. Vielleicht geschieht bis dahin Dinge, welche der Regierung sogar die angelegentlich abgelehnte Verschärfung des Ausnahmegesetzes als eine Nothwendigkeit erscheinen lassen. Nun unsere wegen; wir haben nichts dagegen, wenn uns die Regierung in unserer Arbeit hilft.

Daß schließlich der Weg nach Canossa doch noch eingeschlagen wird, wird immer wahrscheinlicher. Die Verhandlungen, welche Bismarck in Gastein mit dem päpstlichen Nuntius Jacobini führte, sollen zwar noch zu keinem definitiven Resultat gebrungen sein. Indessen sprechen gutunterrichtete Blätter doch bereits von „gewissen Vereinbarungen“, welche erfolgt seien und die Grundlagen zu weiteren Verhandlungen bilden sollen. Damit harmonirt vollständig das den Ultramontanen gefällige Vorgehen des stets die Religion und die „unpohwendige“ Zusammenwirkung von Staat und Kirche“ auf den Lippen tragenden neuen Kultusministers, vor allem aber ein neuerdings publizirter, Aufsehen erregender und der Regierung erschütterlich äußerst unangenehmer Brief des verunglückten Kulturkampf-Feldmarschalls Falk, in welchem derselbe sagt: Bismarck werde wohl nicht nach Canossa gehen — wenn er es vermeiden könne! Dies letztere aber ist mit Rücksicht auf die demoralisirende Parteigruppierung und die sonstige Lage eben mehr als zweifelhaft.

Uebrigens braucht man die zunehmenden Aussichten der Pfaffen nicht allzusehr zu fürchten, denn auf ein bischen Rückschritt mehr oder weniger kann's in Deutschland nicht mehr ankommen und es geht dann auf Eine Seite.

Die deutschen Staatsanwälte, welche schon bisher ganz Artlich im Reichsverdrehen zum Zweck ausgiebiger Sozialistenverfolgung geleistet haben, jangen nachgerade an ihre Muster, die Staatsprokuratoren des Dezember-Kaiserreichs, weit hinter sich zu lassen. Zuerst haben zwei dieser Liebermänner in Berlin und Dresden versucht, Sammlungen zur Unterstützung von insolge von Ausweisung oder sonstiger Verfolgung ihrer Ernährer nothleidenden Familien als eine durch das Ausnahmegesetz verpönte „gemeingefährliche“ Handlung hinzustellen, sind aber mit dieser perfiden Gesetzesinterpretation bei den betreffenden Gerichten beide Male abgeblieben. Insbesondere hat das Dresdener Bezirksgericht nach einer vernichtenden Kritik des Ausnahmegesetzes und der noch insameren Auslegung desselben durch Polizei und Staats-

anwälte durch den Rechtsanwalt Bernhard Freitag (den Bruder des bekannten sozialistischen sächsischen Landtagsabgeordneten) sein für die angeklagten Sozialisten freisprechendes Urtheil in einer Weise motivirt, welche die wohlwollenden Absichten der Regierung nach dieser Richtung wohl ein für allemal zu Nichts macht.*

Dann kam ein strebsamer Kollege Lessendorfs in Berlin und erhob eine Anklage gegen den sozialistischen Reichstagsabgeordneten Frischi wegen dessen pflichtgemäßer Anwesenheit im letzten Reichstag, resp. wegen „unerlaubten Vortretens der Stadt Berlin“. Die Ungeheuerlichkeit dieser Anklage ist wohl am schlagendsten schon dadurch bargehen, daß der edle Fabrikant des Ausnahmegesetzes, der „hohe“ Reichstag selbst über die erste Anklage gegen Frischi und Hasselmann in Unwillen ausbrach und die Genehmigung zur Verfolgung der beiden Abgeordneten fast einstimmig verweigerte. Daß es nun ein öffentlicher Ankläger wagen darf, trotz dieser Entscheidung und der darangefügten Gesetzes-Interpretation durch den würdigen Gesetzgeber seine Klage vor Gericht zu wiederholen, ist überaus bezeichnend für den Grad von Macht und Achtung, welchen die „Volksvertretung“ in Deutschland genießt. Man darf in der That begierig auf den Ausgang des Prozesses sein, da einerseits die Ablehnung der Klage für die Regierung äußerst blamabel wäre, während andererseits die Verurteilung Frischi's den geradezu wahnwitzigen Grundsatz statuiren würde, daß die Ausübung des Volksvertretermandats der sozialistischen Abgeordneten durch einen einfachen Polizeikass verbotten, resp. zum Verbrechen gemacht werden kann!

Noch verrückter aber und alle bisherigen Tollheiten und Frechheiten der Reaktion überragend ist die Anklage, welche ein Breslauer Staatsanwalt in der am 16. September stattgefundenen Verhandlung gegen den Sozialdemokraten Kraker wegen verbotener Sammlung von Wahlgeldern hielt. Daß darin den Sozialdemokraten das Sammeln von Geldern zur Bestreitung der Ausgaben für eine Reichstagswahl als Verbrechen ausgelegt wird, darüber wollen wir kein Wort verlieren; das „Gesetz“ ist ja eben zur gänzlichen Entrechtung und Unterdrückung der Sozialdemokratie gemacht worden, und die Regierung wie die Mitglieder der Reichstagsmajorität — soweit sie nicht dummer als erlaubt gewesen sind — beabsichtigten eine solche Ausübung des Gesetzes auch von vorneherein. Anders aber verhält es sich mit den weitem Deduktionen des Breslauer Staatsanwaltes. Kraker hatte nämlich nach erfolgter Konstitution der gesammelten Wahlgelder zuerst beim Oberstaatsanwalt, dann beim Justizminister Beschwerde eingelegt und die Rückerstattung der Gelder gefordert. Der vielversprechende öffentliche Ankläger behauptete nun, die bloße Rückforderung des konfiszierten Geldes vom Oberstaatsanwalt resp. Minister sei schon eine versuchte Einsammlung vom Ausnahmegesetz verbotener Beiträge!

Aber es kommt noch besser. Offenbar durch die Thatsache, daß sein Vortrag nach jener Kraftleistung durch kein unauslöschliches Gelächter unterbrochen worden war, ermutigt, schlüßfolgerte der Mann in seiner Art weiter und kam dabei zu folgendem grobartigen Resultat: Da die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einen Zustand herbeiführen wollen, der nur durch Umsturz des Bestehenden möglich ist, so ist jede auf die Wahl solcher Personen gerichtete Thätigkeit, als eine auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebung aufzufassen und daher durch das Ausnahmegesetz verboten!!

Welch bewundernswürdige Logik! Es wäre wirklich ein schreiendes Unrecht, wenn es der famose Breslauer Staatsanwalt nicht noch zu etwas Bedeutendem brächte, denn in ihm steckt zweifelsohne ein staatsmännisches Talent von immenser Bedeutung. Wie leicht ließe sich nach seinem Rezept die aus den Tagen vergangener Welt wieder eintreten, und die alte Eintracht, Zufriedenheit und Einmuth wieder herstellen! Denn wenn erst keine sozialdemokratischen Abgeordneten mehr in der Berliner Reichs-Schwabstube sitzen, dann ist auch die Sozialdemokratie selbst mauerstodt, — das ist so klar, daß es nicht nur einem pfiffigen Staatsanwalt, sondern selbst dem dämlichsten Spießbürger einleuchtet. Die Reichsregenten mögen sich also das neuerstandene Genie nicht entgehen lassen, schon um ihm ein linderndes Pflaster auf die Wunde zu kleben, welche ihm das Breslauer Gericht dadurch geschlagen, daß es seine famosen Ausführungen empörender Weise gänzlich unberücksichtigt ließ und den Angeklagten kurzweg freisprach.

Wenn das schon am grünen Holz geschieht, wenn die heute im deutschen Reich allmächtigen Polizeikünste oft sogar bei den deutschen Gerichten (denen gewiß Niemand sonderliche Schwäche für Freiheit und Sozialdemokratie nachsagen kann) selbst nichts

* Das interessante Aktenstück lautet (unter Weglassung des Einganges) folgendermaßen:

Woll nach Ansicht des Königlich-Bezirksgerichts in der gegenseitigen Unterstützung von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei und deren Familien eine Förderung von sozialdemokratischen Bestrebungen nach § 16 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 der gedachten Art schon an und für sich und ohne Weiteres nicht gefunden werden kann, hierzu vielmehr noch erforderlich sein würde, daß die betreffenden Unterstützungsbeiträge eine den Bestrebungen der Sozialdemokratie, soweit dieselben speziell den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken, entsprechende Verwendung finden, bestimmt seien, die Wirkung aber, welche die gegenseitige Unterstützung der Parteigenossen auf die numerische Stärke der Partei zu äußern geeignet ist, abgesehen davon, daß sie nur als eine mittelbare Folge sich darstellt, mit einer Förderung jener speziellen Parteizwecke nicht identifizirt werden kann, daher aber, daß bei der erfolgten Annahme und Weiterbestehender der gegenwärtig in Frage stehenden Gelder Seiten Kobitzsch's derselbe weitere, und über die bloße Unterstützung der Parteigenossen zur Fristung ihres und des Lebens ihrer Familienmitglieder hinausgehende Zwecke der Sozialdemokratie der vorgezeichneten Art verfolgt habe, genügender Anhalt nicht gegeben ist, so ist es bei dem nun gedachten Urtheile, durch welchen Eduard Ferdinand Alprich Kobitzsch auf Grund §§ 16 und 20 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 in Verbindung mit der Bekanntmachung der königlichen Bezirksvertheilung vom 19. November 1878 zu einer Geldstrafe von Einhundert fünfzig Mark sowie zur Verhängung der erwachsenen Unterstützungskosten in Abhängung der gesammelten, für verfallen erklärten Gelder an die hiesige Kreisvertheilung verurtheilt worden ist, auf den darüber erhobenen Einspruch nicht zu lassen, es ist vielmehr Kobitzsch des ihm Begemessenen halber klug, und bezüchtlich Kraftlos zu sprechen, auch mit Abforderung der durch die Unterstützung erwachsenen Gerichtskosten zu verurtheilen, und sind diese vielmehr als Last der Verurtheilten auf die Staatskasse zu übertragen.

Dresden, den 2. September 1879.
Das Königlich-Bezirksgericht.
Dr. Müller, Dr. Franke, Dr. Alprich.

weniger als Beifall und Anerkennung finden: was soll dann erst ein sozialistischer „Reichsfeind“ dazu sagen?

Das Schweizerische Handelsdepartement hat vor Kurzem einen auf Grund der Berichte der eidgenössischen Fabrikinspektoren ausgearbeiteten Entwurf einer Vollziehungsverordnung zum Fabrikgesetz an die Kantonsregierungen zur Begutachtung versandt, welcher von großem Interesse ist. Als „Fabriken“ werden dadurch unter das Gesetz gestellt alle diejenigen industriellen Establishments, welche gleichzeitig und regelmäßig mehr als 5 Arbeiter außerhalb ihrer Wohnungen in geschlossenen Räumen beschäftigen, wenn in denselben Gesundheit und Leben in erheblichem Maße durch Motoren, Dampfgefäße, Verwendung giftiger und scharfer Stoffe, Ueberanstrengung oder Uebermaß von Arbeit bedroht sind oder Arbeiter unter 18 Jahren zur Verwendung kommen; ferner andere gewerbliche Anstalten, in welchen mehr als 25 Arbeiter beschäftigt sind, auch wenn die Arbeit in Afford auf Rechnung des Arbeitgebers ausgeführt wird, und solche wohltätige Anstalten, in welchen Kinder anders als nur kurze Zeit im Tage zum Zwecke der technischen Ausbildung, in Gemeinschaft mit Nichtausgenossen zu einer fabrikmäßigen Arbeit angehalten werden.

Als Fabrikationszweige, welche bestimmte gefährliche Krankheiten erzeugen und auf welche deshalb die Haftpflicht ausgedehnt wird, sind bezeichnet: die Bleichereien von Baumwolle, Seide, Stroh u. s. w., soweit sie als Fabriken zu betrachten sind, die Bleiweiß- und Mennigfabriken, die Buntpapier- und Tapetenfabriken, wo nicht der Ausschluß aller Gifte nachgewiesen wird, die Gemischen Fabriken mit Einschluß der Farben-, Dünger- und Zündstoff-Fabriken, die Emailanstanlen, Zeugdruckereien jeder Art, Färbereien, Farbenberei-tungs-Anstalten, Malerwerkstätten, Gewinnung der Edelmetalle aus Abgängen, Glashütten, insofern sie blei- oder arsenikfällige Stoffe verwenden, Kammsfabriken, Töpfereien und Zündhölzchenfabriken mit Verwendung von gelbem Phosphor. Für jugendliche Arbeiter sollen auf den Bureaux der Fabriken entweder der Geburtschein oder das Alter derselben angegebene Ausweise ihrer Heimatsbehörden zur Vorweisung auf-liegen.

Weber Fabrikordnungen, noch Nachtrags- oder Spezialreglemente oder Sicherheitsvorschriften, welche Bußandrohungen enthalten oder bei der Beurteilung der Haftpflicht berücksichtigt werden sollen und die alle der Genehmigung der Regierung unter-liegen, noch besondere Uebereinkünfte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern dürfen Bestimmungen enthalten, welche irgendwie dem eidg. Gesetz oder der eidg. Vollziehungsverordnung widersprechen. Vor der Einsendung zur Genehmigung sind alle Reglemente 14 Tage lang in den Arbeitsräumen anzuschlagen mit der Einladung an die Arbeiter, ihre Bemerkungen darüber binnen dieser Frist entweder an die Fabrikanten oder direkt an die Regierungen gelangen zu lassen. — Weitere sehr genaue und scharfe Bestimmungen des Verordnungsentwurfs sind dafür berechnet, den Arbeiter vor willkürlichen Bußen, Entlassungen, Lohnabzügen und vor der Nöthigung, in ungesicherter Weise über die gewöhnliche Zeit hinaus zu arbeiten, zu schützen. Es ist Alles sehr präzis definiert und die Artikel des Fabrikgesetzes selbst zur Verhütung von allfälligen Ueberschritten der Fabrikherren strikte und klar ausgelegt. Als ein Beispiel daraus führen wir nur an, daß alle Entlassungsgründe, welche nicht auf dem Gesetze beruhen, weder durch das Reglement noch durch dessen Genehmigung durch die Kantonsregierung für den Richter verbindliche Rechtskraft erhalten. — Jedem Begehren um Nacharbeit ist die schriftliche Zustimmungserklärung der dabei zu verwendenden Arbeiter beizulegen. Nacharbeit zur Einholung von bei Beschädigungen oder infolge von Maschinenreparaturen u. dgl. versäumter Arbeitszeit sind unzulässig. Sonntagsarbeit wegen Verderbniß des Materials kann nur gestattet werden, wenn deren Unvermeidlichkeit nachgewiesen ist und die Bewilligung beim Bundesrath nachgesucht wird. In den Fabriken mit bewilligtem ununterbrochenem Betrieb darf die Gesetzesbestimmung, welche jedem Arbeiter wenigstens jeden zweiten Sonntag als Ruhetag sichert, nicht so ausgelegt werden, daß an die Stelle eines ganzen freien Sonntags zwei halbe freie Sonntage treten.

Eine besondere Liste in den Fabriken über die Wöchnerinnen soll die Kontrollnummer und den Namen der betreffenden Arbeiterin, sowie die Daten ihres Austrittes, ihrer Niederkunft und ihres Wiedereintrittes enthalten. Zwischen dem ersten und dem dritten Datum müssen wenigstens 56, zwischen dem zweiten und dritten wenigstens 42 Tage liegen. Das Datum der Niederkunft ist durch ein der Kontrollliste beizulegendes Zeugniß des Arztes, der Hebamme oder des Zivilstandsbeamten zu bescheinigen. — Der Aufenthalt von Kindern unter 14 Jahren in den Fabriken, soweit derselbe nicht in die reglementarischen Ruhepausen fällt, wird als Beweis ihrer Beschäftigung in denselben angesehen. — Es folgen dann die speziellen Vorschriften über die Pflichten und die Befugnisse der drei Inspektoren in ihren Kreisen: Vornahme einer Inspektion sämtlicher Fabriken wenigstens alle zwei Jahre, wo es nöthig auch mehrmals im Jahre, Geschäftsverbindung mit den kantonalen und Ortsbehörden, direkte Beziehungen zu den Fabrikanten und Arbeitern, Begutachtung von Fragen über Fabrikverhältnisse, Strafanzeigen, Urlaubsbewilligung, Stellvertretung, Erstattung der Inspektionsberichte an das Departement jeweils bis zum 15. Februar, strengste Wahrung der Fabrikgeheimnisse u. s. w.

Bekanntlich haben die Schweizer Fabrikanten bei der Berathung des Fabrikgesetzes — gleich der deutschen Bourgeoisie bei der Vorlage des von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ausgearbeiteten Arbeiterschutzgesetzes — Peter und Morbio geschrien und prophezeit, daß mit Annahme der „unerfülllichen“ und „unsinnigen“ Forderungen der Arbeiter alsbald die ganze Industrie zu Grunde gehen werde und die Arbeiter selbst am ehesten wieder die Abschaffung des Fabrikgesetzes verlangen würden. Bis jetzt ist jedoch nichts davon eingetreten, vielmehr hat sich das, wenn auch keineswegs vollkommene, so doch einen guten Anfang bildende Fabrikgesetz bereits vielfach gut bewährt und selbst in bisher gegnerischen Kreisen freunden erworben. Wann werden Deutschland, Oesterreich, Frankreich u. endlich einmal dem Beispiel der kleinen Schweiz folgen und den Arbeiter wenigstens vor der allerempfindlichsten Unterdrückung durch das Kapital schützen?

Die zum Theil bereits erfolgte, theils fortdauernde Rückkehr der amnestirten Kommunisten hat, weit ent-

fernt, wie das kurzfristige französische Kabinet erwartete, die diesem unangenehme Amnestieagitation ein für allemal aus der Welt zu schaffen, derselben vielmehr einen neuen, kräftigen Aufstoß gegeben. Die eigene Ueberzeugung von dem unsäglichen Elend, in welchem diese Opfer der Pariser Mordbuben mehr als acht Jahre in der Ferne gelebt und in welchem sie jetzt in ihre Heimat zurückgekehrt sind, hat in den weitesten Kreisen lebhafteste Sympathien für die Kommunisten erregt. Wie schrecklich das Loos der Deportirten in Neukaledonien und wie unerhört die Infamie der Regierung gewesen, zeigen aufs Neue die eben die französische Presse durchwandernden Enthüllungen des ebenfalls deportirt gewesen und demnach die Dinge aus eigener Anschauung kennenden Ex-Maire von Puteaux, Roques. Derselbe bestätigt vollinhaltlich alle früher von radikalen und sozialistischen Blättern gemachten, von der Regierung aber jedesmal frech abgelehnten Mittheilungen über die von der Kolonieverwaltung an den Deportirten begangenen Schandthaten: die un-gesegliche, grausame Behandlung, die Anwendung der Folter, die Pressung politischer Gefangener zu Scharfrichters-diensten u. s. w. Ueberdies verpricht Roques noch weitere haarsträubende Details.

Diese Veröffentlichungen und die persönlichen Mittheilungen der Deportirten haben eine tiefgehende Aufregung in Frankreich hervorgebracht, deren letzte Folgen sich noch nicht absehen lassen. Auf alle Fälle wird die Entwicklung der Dinge nach links dadurch mächtig befördert, wie schon die immer zunehmenden demon-strativen Feste und Versammlungen zu Gunsten der Deportirten und der bei denselben herrschende Geist des energischen Vorwärtstrebens zeigen. Der marklose Opportunismus kommt immer mehr ins Gedränge, und radikale und sozialistische Ideen treten immer mächtiger auf. Lange kann die herrschende Partei die Entwicklung jedenfalls nicht mehr aufhalten, und es wird nur von ihrer Einsicht abhängen, ob dieselbe eine allmälige und friedliche sein wird.

Künftigen Monat wird in Marseille ein französischer Arbeiterkongreß tagen. Auf der Tagesordnung derselben stehen nicht weniger als zehn Punkte von außerordentlicher Wichtigkeit: 1) die Frauenfrage; 2) die Syndikalkammern (Organisation von Hilfsklassen und Arbeitsnachweiser); 3) das Assoziationswesen (Produktiv-, Konsum- und Kreditgenossenschaften, Mittel zur Ueberführung der Arbeitsinstrumente in den Besitz der Arbeiter); 4) Unterricht und Lehrtätigkeitswesen (Kinderarbeit und Fachschulen); 5) Lohnfrage (Reisen, Arbeits-Einstellungen und Aussperrungen, Nacharbeit, Organisation der Arbeit); 6) Direkte Vertretung der Arbeiter in den Wahlkörpern (Bildung einer Arbeiterpartei, ihre Organisation und ihr Programm, Gründung einer Arbeiterpresse und Stellung des Proletariats zu den übrigen Parteien); 7) Eigentum; 8) Steuerwesen; 9) Freihandel und Schutzzoll; 10) die soziale Frage.

In Frankreich werden überall Vorbereitungen auf den Kongreß getroffen, und scheint der Besuch desselben ein sehr reichlicher zu werden. Allein Paris sendet 25 Delegirte, für welche der radikale Gemeinderath ein Reisegeld von 5000 Francs bewilligt hat.

Wir wünschen unsern französischen Brüdern selbstverständlich den besten Erfolg, können aber doch den Wunsch nicht unterdrücken, daß man lieber hätte weniger, und zwar die zunächst liegenden Fragen, vor Allem die der Bildung einer geschlossenen Arbeiterpartei, auf die Tagesordnung setzen sollen, da bei einer so überreichlichen Traktandenliste die Gefahr der oberflächlichen Behandlung und der Zersplitterung der Kräfte fast unvermeidlich ist. Auf alle Fälle aber wird der Kongreß sicher zur Stärkung des Klassenbewußtseins der französischen Arbeiter und dadurch zur endlichen Wiederherstellung einer aktionsfähigen sozialistischen Partei beitragen, für welche die gegenwärtige Lage der Republik überaus günstig ist.

Wir werden natürlich s. Z. über den Verlauf des Kongresses eingehender berichten.

In Edinburgh fand dieser Tage der Kongreß der englischen Gewerkvereine (trades unions) statt. Derselbe war von 120 Vertretern besucht und wurde am 15. d. von seinem Präsidenten Prior mit einer Anrede eröffnet, in welcher derselbe namentlich auf die Nothwendigkeit der Ausdehnung der politischen Aktion und einer lebhaften Agitation zu Gunsten der Umgestaltung der bodenlos verrotteten englischen Grund- und Bodenverhältnisse hinwies. Der Kongreß sagte eine Reihe von Beschlüssen, in welchen er u. a. Reform der Patentgesetzgebung, Aufhebung der Schulhaft, Priorität der Lohnforderungen an Konkursmassen bis zu 5 Pfr. u. s. w. forderte. Außerdem schickte er auch überflüssiger Weise eine Deputation zum Erzbischof von Canterbury, um sich bei demselben über die Verläumdungen zu beschweren, welche ein in den Schulen eingeführtes Buch über die Gewerkvereine enthält.

Die obenwähnten wichtigsten Fragen dagegen wurden leider am stiefmütterlichsten behandelt. Ueber die Landreform wurde zwar lang und lebhaft debattirt, allein es kamen keinerlei Gesichtspunkte zum Vorschein, welche nicht schon längst bekannt gewesen wären, und zwar lediglich bezwecken, weil die Leute die Frage keineswegs gründlich lösen wollen, sondern über einige kleinliche, Niemand befriedigende Reformen nicht hinauskommen.

Am schwächsten und schwächlichsten die ob. r waren Debatten und Beschlüsse hinsichtlich der politischen Forderungen und der Ausdehnung der politischen Aktion seitens der Gewerkvereine. Statt allgemeines Stimmrecht und die politische Selbständigmachung der jetzt am Gängelband der Liberalen laufenden Arbeiter und ihre Organisation zu einer Arbeiterpartei zu beschließen, brachte es der Kongreß nicht weiter, als zu der Forderung, daß der städtische Wahlsensus auch in den Landgemeinden eingeführt werde, und daß die wahlfähigen Gewerksvereinsmitglieder nur solchen Parlamentskandidaten ihre Stimmen geben sollten, welche sich den Trades unions in der Bekämpfung der Uebelstände anschließen. Man sollte denn doch denken, daß der englische Arbeiter gleich seiner Brüdern in andern Ländern schlimme Erfahrungen genug mit seinen Bourgeoisvertretern gemacht hat, um die gänzliche Nutzlosigkeit derartiger schwächlicher Beeinflussungsversuche einzusehen. Aber das englische Proletariat ist leider noch viel zu viel in seine ökonomische „Selbstfälle“ und „Harmonie“-Utopie verarrannt, als daß von ihm eine klare Einsicht über den einzig möglichen Weg der Verbesserung seines Looses zu erwarten wäre. Die Macht der Thatsachen wird sie ihm aber schon noch beibringen.

Durch uns sind nachstehende Schriften zu beziehen:

	Fr. Ct.	Mk. Pf.
Aufschlüsse über die badische Revolution v. 1849	2. —	1. 60
Bebel, A., Der deutsche Bauernkrieg	2. 50	2. —
Die parlamentar. Thätigkeit d. deutschen Reichstages u. d. deutsch. Landtage v. 1871/73 u. d. Sozialdemokr.	— 20	— 15
1874/76	— 45	— 35
Die Entwicklung Frankreichs	— 40	— 30
Glossen zur wahren Gestalt d. Christenthums	— 40	— 30
Das Reichsgesundheitsamt u. sein Programm	— 20	— 15
Becker, Joh. Ph. Neue Stunden der Andacht. Satyrische Psalmen in Reimform, 5 Hefte	3. —	2. 40
Geschichte der süddeutschen Mairevolution	7. 50	6. —
Vorbote. Soz.-pol. Monatschrift 6. Jahrg. (1866—71)	10. —	8. —
Wie und Wann?	3. —	2. 40
„Précurseur“. Organ démocratique sociale (Janvier-Mars 1877)	1. —	— 75
Becker, B., D. Reaktion. I. Deutschl. geg. d. Revol. v. 1848	2. 50	2. —
Geschichte der revol. Pariser-Commune 1789—94	2. 60	2. —
Blos, W., Blut und Eisen oder die Entstehung des Krieges von 1866	— 70	— 50
Zur Geschichte der Kommune von Paris	— 20	— 15
Bracke, W., Nieder mit den Sozialdemokraten	— 20	— 15
Die Verzeihung im liberalen Lager	— 25	— 20
Bürkli, Karl, Die Bank-u. Handelsreform. Uebersetzung aus den Werken eines Schülers Fourier's	— 10	— 40
Solidarität, Lehre Karl Fourier's	— 50	— 40
Steinkohle und Wasserkraft. Eine Studie zum Kapitel d. Ueberschwemmungen u. Waldverwüstungen Bürgerkrieg in Frankreich	— 50	— 40
— 35	— 25	— 25
Kulturkampf und Volksschule in Preussen	— 30	— 25
Daniel in der Löwengrube. Eine Geisselung der reaktionären Zustände in — Babylonien, vom Verfasser des „Neuen Wintermärchens“	— 50	— 40
Das eidgenössische Fabrikgesetz mit Erläuterungen von H. Greulich	— 20	— 15
„Der Republikaner“, Volkskalender für 1880	— 50	— 40
— für 1878 und 1879	— 25	— 20
Der arme Konrad. Illustriertes Kalender für das arbeitende Volk für 1879	— 50	— 40
— frühere Jahrgänge	— 30	— 25
Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit	2. —	1. 60
Die bürgerliche Gesellschaft	— 20	— 15
Die Religion der Sozialdemokratie, 5. Kanzenraden	— 30	— 25
Douai, Dr. A., ABC des Wissens f. d. Denkenden, 2. Aufl.	— 30	— 25
— Antworten an die Bekenner des Theismus	— 20	— 15
— Kindergarten u. Volksschule als soziald. Anstalten	— 35	— 30
Engels, Fr., Soziales aus Russland	— 25	— 20
Hrn. Eugen Dührings Umwälzung d. Wissenschaft, 1. und 2. Theil	2. —	1. 60
Ein neues Wintermärchen (v. Heine II.)	— 30	— 25
Für die französischen Brüder	— 20	— 15
Für und wider die Kommune	— 20	— 15
Geld, A., Gedichte, broch.	— 70	— 50
Geiser, Br., Die Forderungen des Sozialismus an Gegenwart und Zukunft	— 70	— 50
Graf Eulenburg und die Sozialdemokratie	— 40	— 30
Greulich, H., Der Staat vom soziald. Standpunkt aus. Eine Auseinandersetzung mit den Anarchisten	— 30	— 25
Herwegh, G., Neue Gedichte	5. —	4. —
— Gedichte eines Lebendigen	4. 50	3. 60
Hillmann, Die Organisation der Massen	— 35	— 30
— Praktische Emanzipationswinke	— 30	— 25
Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, herausg. von Dr. Ludw. Friedr. Richter	3. 50	2. 75
Kegel, M., Freie Lieder (Gedichte)	— 70	— 50
Komplot gegen die Int. Arbeiter-Assoziation. Aus dem Französischen übersetzt von Kokosky	1. 60	1. 30
König, Schwarze Kabinette	1. 25	1. —
Krasser, Dr. F., Anti-Syllabus (Prodigit)	— 5	— 5
— Ceterum censeo	— 5	— 5
Lange, F., Die Arbeiterfrage	5. —	4. —
Lassalle, Ferd., Rede über die Arbeiterfrage	— 25	— 15
— Offenes Antwortschreiben	— 20	— 10
— Arbeiterlesebuch	— 35	— 20
— Indirekte Steuern	— 40	— 30
— Die Wissenschaft und die Arbeiter	— 25	— 15
— Düsseldorf-Prozess	— 20	— 15
— Ronsdorfer Rede	— 20	— 15
— Ueber Verfassungswesen	— 25	— 20
— Fichtes Philosophie	— 20	— 15
— Herr Julian oder der literarische Julian	1. —	— 80
— Briefe an Rodbertus-Jagetzow	3. —	2. 40
— Vertheidigungsrede betreffend Kassettendiebstahl	— 40	— 30
Leben u. Thaten d. Generals Jaroslaw Dombrowsky	1. —	— 80
Leipzigiger Hochverrathsprozess	3. 80	3. —
Liebknecht, W., Zu Trutz und Schutz	— 35	— 30
— Das Briefgeheimniß vor dem deutschen Reichstage	— 50	— 40
— Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie	— 30	— 25
— Zur Grund- und Bodenfrage	1. —	— 80
Lissagaray, Geschichte der Kommune von 1871	5. 50	4. 50
Marx, K., Der Kölner Kommunistenprozess. II. Aufl.	— 35	— 30
Mehring, Franz, Herr v. Treitschke, der Sozialisten-tödtter und die Endziele des Liberalismus	— 35	— 30
Most, J., Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie	— 70	— 50
— Die Pariser Kommune vor den Berliner Gerichten	1. 25	1. —
— Die Lösung der sozialen Frage	— 50	— 40
Oldenburg, Was wollen die Sozialdemokraten?	— 40	— 30
Protokoll des Stuttgarter Kongresses 1870	— 30	— 25
— des Dresdner Kongresses 1871	— 35	— 30
— des Coburger	— 40	— 30
— des Vereinigungs-Kongresses 1875	— 40	— 30
— des Gothaer Kongresses 1876	— 40	— 30
— des Holzarbeiter Kongresses 1873	— 30	— 30
— des Schweiz. Arbeiter Kongresses Olten	— 15	— 10
— des Kongr. d. Schweiz. Arbeiterb. zu Winterthur	— 20	— 15
— „ „ „ „ „ „ „ „ Basel	— 15	— 10
— „ „ „ „ „ „ „ „ Bern	— 35	— 30
— „ „ „ „ „ „ „ „ Neuenburg	— 45	— 35
Photographien aller bekannten Sozialdemokraten in Visitenkarten- und Kabinet-Format, einzeln auch in Grossfolioformat	— 40	— 30
Rohleder, Die Pariser Kommune vor der Deputirten-kammer zu Versailles	— 40	— 30
Sack, E., Unsere Schulen im Dienste gegen d. Freiheit	— 80	— 60
— Gegen die Prügelpädagogen	1. —	— 80
Seidel, Rob., Staatlicher Getreidehandel od. wie kommt das Volk zu billigem Brod	— 35	— 25
Schäffle, Quintessenz des Sozialismus	1. 50	1. 20
Schramm, Grundzüge d. National-Oekonomie, 1. Abth.	— 35	— 30
— Ein Wort zur Verständigung in der sozial. Frage	— 30	— 25
Serno-Solowjowitsch, Unsere russ. Angelegenheit.	— 30	— 25
Strodtmann, A., Arbeiterledungen in Frankreich	1. 25	1. —
— Brutus schläft da!	1. 25	1. —
Tessendorf, und die deutsche Sozialdemokratie	— 50	— 40
Vogel, Verfälschung der Lebensmittel	1. —	— 80
Volkstaatkalender, frühere Jahrgänge	— 30	— 20
Volkstaat-Fremdwörterbuch, brochirt	— 70	— 50
— gebunden	— 90	— 70
Vollmar, G., Waldverwüstung und Ueberschwemmung	— 20	— 15
Wahre Gestalt des Christenthums	— 70	— 50
Wuttke, Die deutschen Zeitschriften	3. 50	3. —
York, Die industrielle Arbeiterfrage	— 30	— 25
Zeitgeist, eine Studie	— 35	— 30
Zukunft, Sozialist. Revue, komplet gebunden	10	— 8
— Die Preise verstehen sich ohne Porto, und wird nur gegen Vorausbezahlung geliefert. Ausser den vorstehenden sind durch uns auch alle anderen sozialistische Schriften, soweit sie noch zu haben sind (gleichviel, ob irgendwo verboten oder nicht) zu beziehen.		